

POLIT-NEWS VON CURAVIVA SCHWEIZ

4/2020



EINBLICK IN RELEVANTE POLITISCHE GESCHÄFTE AUF NATIONALER EBENE

Covid-19-Krise

Angesichts der Entwicklung der Covid-19-Infektionszahlen betonten die Verbände CURAVIVA Schweiz und INSOS Schweiz im Herbst 2020, Gesundheit umfasse weit mehr als der körperliche Schutz vor dem Coronavirus. Freiheit und Sicherheit seien Werte, die deshalb gemeinsam ausgehandelt werden müssen. Von einer generellen Abschottung der Institutionen durch Besuchsverbote sei unbedingt abzusehen. Der Appell der Verbände hatte Erfolg: Während der zweiten Welle der Pandemie wurden keine flächendeckenden Besuchsverbote von Heimbewohnenden verhängt. Auch wurde der Schutz der besonders gefährdeten Personen und des Gesundheitspersonals mit den Behörden thematisiert. Weitere Themen waren die Unterstützung der Institutionen durch Zivildienst, Zivilschutz und Armee beim Personalmangel, der Aufbau von konsequenten Testkapazitäten sowie der Datenaustausch zwischen Institutionen und Behörden. Ein Einsatz der Armee in Alters- und Pflegeinstitutionen auf Antrag der Kantone wurde in der Wintersession vom Parlament abgelehnt, was sachlich wenig nachvollziehbar ist. Die Bemühungen von CURAVIVA Schweiz zugunsten der Möglichkeit eines solchen Einsatzes blieben leider erfolglos. Betreffend die Krisenbewältigung und die Vorbereitung im Hinblick auf neue Pandemien steht jetzt fest, dass CURAVIVA Schweiz und die weiteren Verbände in Zukunft besser einbezogen werden. Diese Tatsache ist unter anderem der Annahme eines entsprechenden Postulats von Ständerätin Maya Graf zu verdanken. Überlegungen zu Verbesserungen der Krisenbewältigung sind bereits im Gange. Dies nicht zuletzt dank der Annahme eines Postulats des Präsidenten von CURAVIVA Schweiz, Nationalrat Laurent Wehrli.

EFAS und Pflegefinanzierung

Ende November 2020 veröffentlichte der Bundesrat einen Bericht über die Voraussetzungen einer Integration der Pflegefinanzierung in die vorgesehene gleichmässige Mitfinanzierung der Gesundheitsleistungen durch alle Kostenträger (EFAS). Der Bundesrat sprach sich ausdrücklich zugunsten einer solchen Integration aus – lieber als ein Festhalten an der bestehenden Pflegefinanzierung oder als eine regelmässige Anpassung der OKP-Beiträge an die Kostenentwicklung.

Zudem äusserte sich der Bundesrat positiv zu einer Versicherungslösung innerhalb des KVG – kombiniert mit steuerfinanzierten Beiträgen als sozialpolitisches Instrument. Die Lösungsfindung für die weiteren Kosten der Pflegebedürftigkeit wie Betreuungs-, Hotellerie- oder hauswirtschaftliche Leistungen kann gemäss dem Bundesrat unabhängig erfolgen. CURAVIVA Schweiz erachtet die EFAS-Vorlage als grundsätzlich sinnvoll. Ebenso eine Ausdehnung auf den Pflegebereich. Aus seiner Sicht müssen jedoch zuerst die richtigen Ziele festgelegt und die Voraussetzungen zu deren Erreichung geschaffen werden.

Indirekter Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative

Wird ein mehrheitsfähiger indirekter Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative das Licht der Welt erblicken? CURAVIVA Schweiz setzt mit den Verbänden der Leistungserbringer der stationären und ambulanten Pflege alles daran. Bisher hat der Nationalrat konstruktive Inputs für einen glaubwürdigen indirekten Gegenvorschlag gegeben. Der Ständerat hat diese Anstrengungen jedoch immer wieder zu Fall gebracht. Eine gefährliche Zitterpartie: Die parlamentarischen Verhandlungen müssen vom Gesetz her in der Frühjahrsession 2021 abgeschlossen werden. Aus Sicht von CURAVIVA Schweiz wäre ein substanzieller indirekter Gegenvorschlag eine schneller umsetzbare und wirksamere Lösung als die – inhaltlich wenig griffige – Pflegeinitiative.



Yann Golay Trechsel
Projektleiter Public Affairs
CURAVIVA Schweiz
y.golay@curaviva.ch
www.curaviva.ch/politik
www.twitter.com/curaviva_ch

Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Im Herbst 2020 setzte der Nationalrat die Beratung zum ersten Massnahmenpaket zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen fort. Er kippte die Einführung eines Beschwerderechts der Krankenversicherer im Rahmen der Spital- und Pflegeinstitutionenplanung. CURAVIVA Schweiz hat sich mit Senesuisse gegen diesen Eingriff in die Kompetenzen der Kantone eingesetzt. Der Ständerat muss noch darüber befinden. CURAVIVA Schweiz wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass dieser den Entscheid der grossen Kammer bestätigen wird. Im November 2020 nahm CURAVIVA Schweiz auch Stellung zu einem neuen Massnahmenpaket. Der nationale Branchenverband begrüsst das Vorhaben grundsätzlich, formulierte gleichwohl konstruktive Inputs zur Vermeidung von Ineffizienz und Ineffektivität. Aus Sicht von CURAVIVA Schweiz sind insbesondere die geplanten Netzwerke der medizinischen Versorgung zu wenig darauf ausgerichtet, dass ambulante und stationäre Pflegeleistungen immer häufiger aus einer Hand angeboten werden. Vielmehr sollte die Erbringung von stationären Pflegeleistungen ins Netzwerk integriert werden können. Die ebenso geplante Einführung von Erstberatungsstellen für gesundheitliche Fragen ist ebenfalls zu begrüßen. Aus Sicht von CURAVIVA Schweiz müssten in der stationären Langzeitpflege Heimärztinnen und -ärzte diese Rolle übernehmen. So würden sich etwa Risiken und Kosten im Bereich der Medikation und der Aufwand zur Koordination senken lassen. Darüber hinaus: Für die vom Bundesrat vorgeschlagene Umsetzung von Zielvorgaben für die Kostenentwicklung in der OKP fehlen aus Sicht von CURAVIVA Schweiz klare Kriterien und Leitplanken, damit die Kostenziele die Qualität der Leistungen nicht beeinträchtigen.

KURZINFOS

Förderung der frühen Kindheit

In der Herbstsession 2020 wurde eine parlamentarische Initiative der Bildungscommission des Nationalrats vom Ständerat mit der Begründung verworfen, dass Fragen rund um die Förderung der frühen Kindheit in die Kompetenz der Kantone falle. Der Vorstoss sah vor, dass die ausser-schulische Arbeit mit Kindern bereits ab Geburt gefördert wird. Ende November 2019 hatte sich CURAVIVA Schweiz positiv zum Projekt geäußert. Nun wird der Nationalrat noch einmal über den Vorschlag befinden. CURAVIVA Schweiz bedauert den Standpunkt des Ständerates.

Palliative Care

In der Wintersession 2020 nahm der Ständerat eine Motion seiner Gesundheitskommission zugunsten einer verbesserten Finanzierung der Palliative Care an. Bei der Pflege am Lebensende gibt es heute je nach Wohnort und verfügbaren finanziellen Mitteln grosse Unterschiede. CURAVIVA Schweiz setzt sich schon seit Jahren dafür ein, dass sich das ändert. Der Nationalrat wird sich an einer nächsten Session mit der Motion befassen – und sie voraussichtlich ebenso annehmen. Zu einem späteren Zeitpunkt müssen noch heikle Umsetzungsfragen geklärt werden. CURAVIVA Schweiz wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass eine angemessene Finanzierung der Pflege und Betreuung am Lebensende in der ganzen Schweiz möglich wird.

Vergütung des Pflegematerials

Im Herbst und im Winter 2020 beschlossen beide Parlamentskammern, dass die Krankenversicherer die Finanzierung des Pflegematerials unabhängig davon übernehmen, ob die Anwendung durch eine Pflegefachperson erfolgt oder nicht. CURAVIVA Schweiz hat sich seit 2018 für diese Lösung eingesetzt. Da die Regelung sehr allgemein gehalten ist, könnten sich heikle Fragen bei der Erarbeitung des entsprechenden Umsetzungsrechts stellen. Deshalb wird CURAVIVA Schweiz darauf achten, dass ihre Konkretisierung dem parlamentarischen Willen entsprechen wird.

CURAVIVA.CH